

Displaced persons in Schwäbisch Hall 1945 bis 1950

VON ULRICH MÜLLER

I. Polnische Displaced Persons in Württemberg

Während des Zweiten Weltkrieges waren in Deutschland zahlreiche Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und Fremdarbeiter in Industrie und Landwirtschaft beschäftigt. Für das gesamte Reichsgebiet werden unterschiedliche Zahlen genannt, jedoch liegt für die westlichen Besatzungszonen eine sehr gründliche und umfassende Untersuchung vor, die davon ausgeht, daß bei Kriegsende 5 846 000 Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und Fremdarbeiter durch die westlichen Alliierten befreit worden sind.¹ Diese Personengruppe, die von den Alliierten zusammenfassend als »displaced persons« (DPs), d. h. verschleppte Personen bezeichnet wurde, sollte möglichst rasch in ihre Heimatländer zurückgeführt – repatriert – werden. Besonders interessiert waren die Sowjets, daß ihre Staatsangehörigen zurückgeführt werden, nicht selten kam es dabei zu einer Repatriierung gegen den ausdrücklichen Willen der Betroffenen.² Immerhin war die Repatriierung der sowjetischen Staatsbürger bereits im September 1945 mit über zwei Millionen Menschen abgeschlossen.³ Insgesamt waren von den 5 846 000 DPs im Herbst 1945 4 622 000 repatriert.⁴ Mit dem Einbruch des Winters waren jedoch Transporte nach dem Osten meist nicht mehr durchführbar, dazu kam aber auch, daß von den in den Westzonen verbleibenden 1,2 Millionen DPs der größte Teil gar nicht mehr in die alte Heimat zurückgehen wollte. Das galt für die Angehörigen der baltischen Völker, für die Ukrainer, vor allem aber auch für die Polen, die mit 66 Prozent den größten Anteil an den noch verbliebenen DPs stellten.⁵ All diese Menschen hatten die berechtigte Furcht, daß in ihren Heimatländern durch die Rote Armee neue gesellschaftliche Verhältnisse geschaffen worden sind, die für viele von ihnen eine Rückkehr nicht mehr attraktiv erscheinen ließ.⁶ Die DPs wollten erst einmal abwarten, außerdem wurden sie in den Lagern der Alliierten untergebracht und gepflegt, was manchem zunächst angenehmer erscheinen konnte, als eine völlig unsichere Situation in Polen.

Bereits am 1. August 1945 gab der amerikanische Oberst Dawson im Namen der Militärregierung eine Erklärung zugunsten der DPs ab. »Nicht die Alliierten haben die ausländischen Arbeiter zur Sklavenarbeit nach Deutschland gebracht. Hitler und seine Trabanten haben dies getan, während die deutsche

1 *W. Jacobmeyer*: Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer, die DPs in Westdeutschland 1945—1951. Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft Bd. 65, 1985

2 ebd. S. 123 ff.

3 ebd. S. 83

4 ebd. S. 83

5 ebd. S. 83

6 ebd. S. 84/85

Bevölkerung es ohne Protest hinnahm . . . Unter diesen Umständen betrachten es die Alliierten als ein Vorrecht, sich um diese unglücklichen Fremdarbeiter zu kümmern, deren Heime zerstört waren, lange bevor die Deutschen unter den Folgen dieses schrecklichen Krieges zu leiden hatten. Diesen Krieg hat die deutsche Nazi- und Militärmaschine über die Welt gebracht. Es wäre ein schlechtes Zeugnis für die zivilisierte Welt, wenn sie dem unglücklichen Heer dieser verschleppten Menschen nicht ihre erste Aufmerksamkeit und volle Hilfe angedeihen ließe.⁷

So war es nur eine logische Folge, daß die Amerikaner im Herbst 1945 anordneten, daß für die DP's mit Beginn der kalten Jahreszeit das Lagerleben aufhören und sie in festen Häusern untergebracht werden sollen. Dies führte dazu, daß in den Städten und Gemeinden, in denen bereits Baracken für Fremdarbeiter bestanden haben, diese Barackenlager aufgelöst worden sind und feste Quartiere für die DP's gesucht wurden. Gab es nun in den Städten leerstehende Kasernen, war die Angelegenheit relativ unproblematisch. So wurden z. B. in Ellwangen, Ulm, Heilbronn, Weinsberg, Ludwigsburg, Schwäbisch Gmünd und Esslingen die DP's in Kasernen untergebracht, in Schorndorf in einer großen Fabrik. Sehr belastend für die deutsche Bevölkerung sollte es aber werden, wenn die DP's in Privatwohnungen untergebracht werden sollten, die auf Anordnung der Besatzungsmacht für diesen Zweck beschlagnahmt worden sind. Zu derartigen Beschlagnahmungen kam es auf Befehl von General Eisenhower im großen Stil im Oktober 1945 in Stuttgart, Fellbach, Heidenheim, Schwäbisch Hall, Geislingen/Steige und Wasseralfingen.

II. Die Beschlagnahmung der Kocherfeldsiedlung, der Kriegsopfersiedlung und des Ziegeleiweges im Oktober 1945

Als auf Anordnung der Besatzungsmacht privater Wohnraum für die DP's beschlagnahmt werden sollte, hatten die deutschen Verwaltungen in der Regel überhaupt keine Möglichkeit, bei der Auswahl der zu beschlagnahmenden Gebäude mitzuwirken. Auch in Schwäbisch Hall wurde der Bürgermeister vor vollendete Tatsachen gestellt. Da aber von seiten der Bevölkerung der deutschen Verwaltung immer wieder Versagen vorgeworfen wurde, sah sich Oberbürgermeister Hornung veranlaßt, die Umstände, die zu der Beschlagnahmung geführt haben, darzulegen.

Am Sonntag vor der Beschlagnahmung habe er zusammen mit dem Landrat und Stadtrat Vogelmann den ganzen Kreis besichtigt und alle öffentlichen Gebäude »namhaft gemacht, die für die Unterbringung der Polen in Frage zu kommen schienen. Am Tage der Belegung . . . haben noch zur gleichen Zeit in meinem Amtszimmer mit der UNRRA Verhandlungen stattgefunden...

⁷ *H.-M. Schwarzmaier*: Der deutsche Südwesten zur Stunde Null. Zusammenbruch und Neuanfang im Jahre 1945. Hrsg. Generallandesarchiv Karlsruhe 1975, S. 121

gleichzeitig sind die Polen ohne unser Wissen in die ihnen genehmen Siedlungen eingedrungen. Alle Beschwerden... sei es bei der Militärregierung oder bei der UNRRA blieben ergebnislos«.⁸

So waren die Bewohner der Kocherfeldsiedlung, der Kriegsoffizierssiedlung und des Ziegeleiweges völlig überrascht, als sie am 8. Oktober 1945 innerhalb von eineinhalb Stunden ihre Häuser zu räumen hatten. »Die Polen standen mit Prügeln vor den Wohnungen und verhinderten das Herausschaffen von Möbeln und Haushaltsgegenständen.⁹ Lediglich Lebensmittel und Kleider durften mitgenommen werden.¹⁰

Verantwortlich für dieses Verfahren war die UNRRA – united nations relief and rehabilitation administration –, eine Organisation, der 54 Staaten angehörten. Sie war bereits am 9. November 1943 gegründet worden und hatte sich zur Aufgabe gesetzt, die in Deutschland lebenden Kriegsgefangenen und Fremdarbeiter in ihre Heimat zurückzuführen.¹¹

In Hall war das UNRRA-Team 512 tätig und für die Verwaltung von insgesamt 97 Häusern in den drei Siedlungen zuständig.¹²

Wie aus dem Schreiben des Bürgermeisters hervorging, waren wohl Gespräche zwischen der UNRRA und der Stadtverwaltung geführt worden, die aber zu keinem Ergebnis geführt haben bzw. durch das eigenmächtige Vorgehen der Polen unterbrochen worden sind. Es überzeugt jedoch nicht ganz, daß die Polen völlig willkürlich Häuser beschlagnehmen konnten, die ihnen gerade gefallen haben. Eher ist zu vermuten, daß auch die UNRRA diese drei Siedlungen ins Auge gefaßt hatte, sich aber mit der Stadtverwaltung nicht »einigen« konnte und deshalb wohl den Polen grünes Licht gegeben hat, um so vollendete Tatsachen zu schaffen. Auch war zumindest die Kriegsoffizierssiedlung gleich beim Einmarsch von den Amerikanern beschlagnahmt worden. Die Deutschen, die seit einigen Wochen wieder in ihren Häusern wohnen durften, mußten nun erneut ihr Eigentum aufgeben.¹³

Beweisen läßt sich dies allerdings nicht. Jedoch gibt es viele analoge Beschlagnahmen, die diesen Verdacht nahelegen. Immer hat die UNRRA relativ neue Siedlungen beschlagnahmt, d. h. hochwertigen Wohnraum, der kurz vor dem Krieg gebaut worden war. Immer legte man auch Wert darauf, daß diese Siedlungen in sich abgeschlossen waren, oft am Stadtrand gelegen, so daß sich leicht ein »Lager« bilden ließ. Solche Stadtteile wurden von der UNRRA in Stuttgart, Fellbach, Wasseralfingen, Heidenheim und Geislingen/Steige beschlagnahmt. Allerdings wurden dort die Einheimischen meist durch Pla-

8 Stadtarchiv SHA, 266 Brief Hornung an Pfarrer Geyer vom 7. 8. 1946

9 Stadtarchiv SHA, 266 Brief der Geschädigten der Siedlungen Kocherfeld, Kriegsoffizier, Ziegeleiweg an Ministerpräsident R. Maier vom 12. 4. 1949

10 Stadtarchiv SHA, 266 Brief der Geschädigten an General Clay, Truman und Eleonore Roosevelt vom 22. 4. 1949

11 HStAS EA Bü 4/2/54, Neue Zeitung vom 16. 12. 1949

12 Stadtarchiv SHA, 266 Schreiben von Bgm. Hornung an Militärregierung vom 18. 3. 1947

13 Aussage eines Betroffenen

kate oder Anschreiben der Gemeindeverwaltung offiziell ausgewiesen. In Hall hingegen ging es bei der Beschlagnahmung besonders chaotisch zu. So sind am 9. Oktober 1945 um 11.15 Uhr etwa zwölf mit Stöcken bewaffnete Polen in das Haus Burkhardtstraße 392 (Kocherfeld) eingedrungen und verlangten die Räumung des Hauses bis 12 Uhr. Nur Lebensmittel und Kleidung durften mitgenommen werden. Bei den Polen handelte es sich um junge Leute, die bei »Samenbau« beschäftigt und untergebracht waren. Die Wohnung wurde ausgeplündert, die Möbel z. T. zu Kisten verarbeitet, so daß ein Schaden von etwa 20 000 RM entstand. Dabei handelte es sich tatsächlich um eine Plünderung, denn die Polen, die die Wohnung beziehen sollten, kamen erst am nächsten Tag.¹⁴

Die Ausgewiesenen mußten sich so als zufällige Opfer einer willkürlichen Maßnahme der Besatzungsmacht sehen. Der Haller Oberbürgermeister, der zugleich SPD-Landtagsabgeordneter war, Hornung, traf gewiß die Empfindungen seiner Mitbürger, wenn er am 27. März 1947 vor dem Landtag ausführte: »Im Herbst 1945 sind die Bewohner von drei der größten Siedlungen innerhalb weniger Stunden von den Polen aus ihren Häusern verjagt worden. Die damalige Leitung der UNRRA, ein gewisser McFarlin, hat alle Regeln des Anstandes verletzt.«¹⁵ (vgl. Abb. 1)

Daß die Beschlagnahmung der drei Siedlungen weitgehend den Charakter einer Plünderung unter stillschweigender Duldung der Besatzungsmacht trug, läßt sich vielfältig belegen.

Damals ausgewiesene Bürger klagten später vor dem Bürgermeister: »Viele aus der Wohnung noch herausgebrachte Gegenstände wurden uns auf der Straße wieder entrissen und weggenommen, z. B. altes Porzellan, das für die Polen als Gebrauchsgegenstand wertlos war.«¹⁶ Zahlreichen Familien bestätigt der Bürgermeister, daß sie von den Polen »ausgeplündert« worden sind.¹⁷ (vgl. Abb. 2) Auch wird mehrfach zu Protokoll gegeben, daß »die Belegung ohne Verständigung der Hauseigentümer innerhalb kürzester Zeit erfolgte, so daß die Familie... weder Kleidung noch Hauseinrichtungsgegenstände mitnehmen konnte«¹⁸.

Da die DP's der deutschen Meldepflicht nicht unterlagen, haben wir keine verlässlichen Zahlen über die damals in die beschlagnahmten Häuser eingewiesenen Polen. Als der Bürgermeister im Frühjahr 1946 seiner Hoffnung Ausdruck verleiht, daß die Polen bald wieder abziehen würden, spricht er von 3000 DP's, denen die Stadt Wohnung zu geben gehabt habe.¹⁹ Verglichen mit

14 Stadtarchiv SHA, 266 Bgm. Hornung an UNRRA, 31. 10. 1945

15 Verhandlungen des württ.-badischen Landtages S. 270

16 Stadtarchiv SHA, 266 Anna u. Karl Kade an Bgm. Hornung am 2. 9. 1946

17 Stadtarchiv SHA, 266 drei Bestätigungen des Bürgermeisteramts vom 30. 11. 1945

18 Stadtarchiv SHA, 266 Amt für Besatzungsleistungen am 2. 4. 1946

19 Stadtarchiv SHA, 266 Bgm. Hornung an UNRRA am 14. 2. 1946

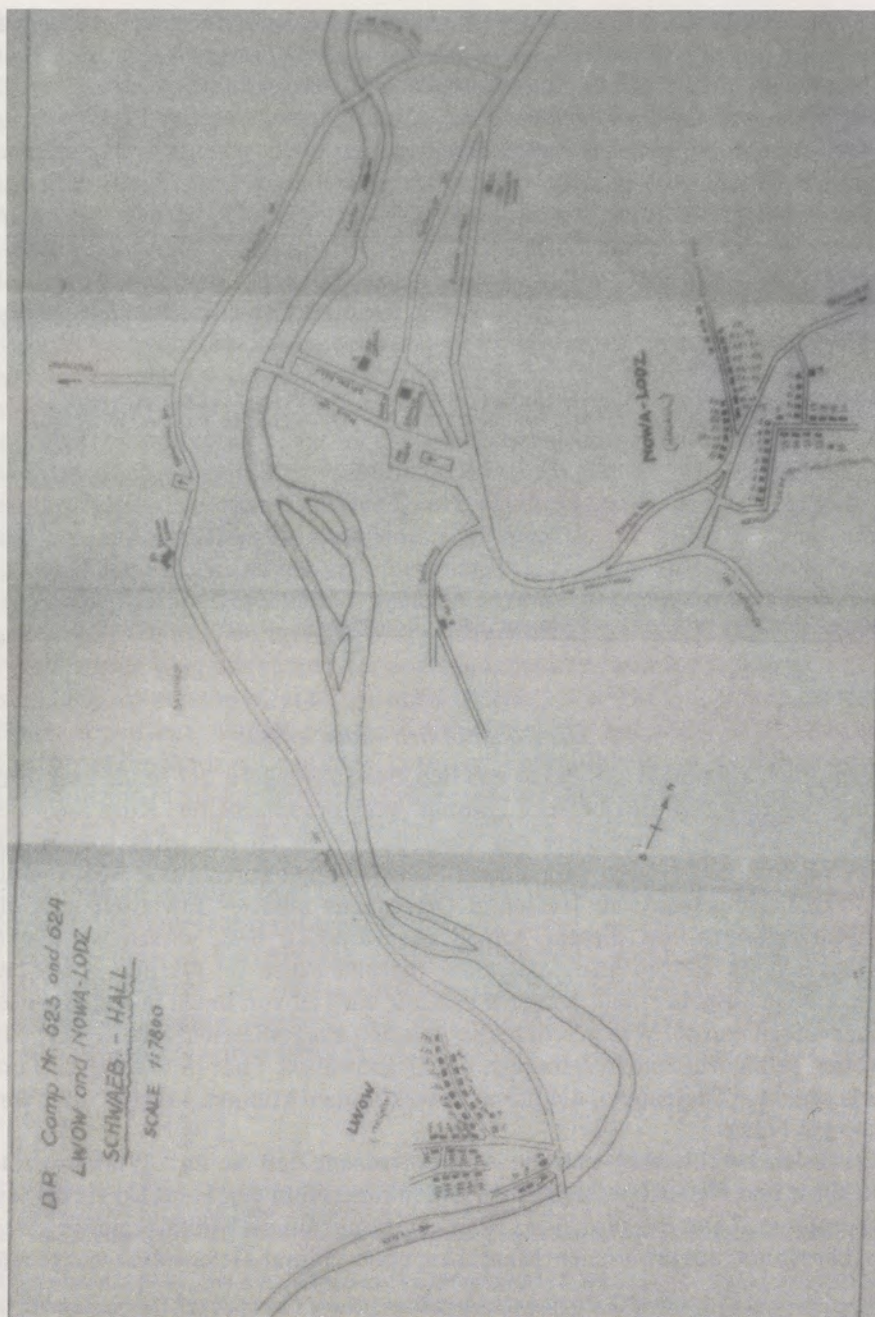


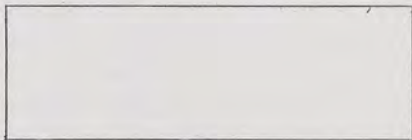
Abb. 1

Diese Skizze fertigten die Amerikaner von den beschlagnahmten Häusern an

den späteren genauen Zahlen, dürfte diese Angabe jedoch viel zu hoch gegriffen sein.

Der Bürgermeister der Stadt Schwäbisch Hall

Altstoff ist Rohstoff!
Sammelt Altpapier!



Beilagen

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Fernsprecher 246

Meine Zeichen

10.

Schwäbisch Hall

30. Nov. 1945.

betrifft:

B e s c h e i n i g u n g !

Es wird hiernit bescheinigt, dass die Familie Albin M ö s c h, Ziegeleiweg 56, jetzt wohnhaft in der OT-Baracke Weckrieden, von den Polen ausgeplündert wurde.

Der Bürgermeister:

Kornmayer

Abb. 2

Bei der Beschlagnahmung kam es auch zu Plünderungen

III. Die Polen in Schwäbisch Hall

Vermutlich stammten die Polen aus den Barackenlagern der Stadt und ihrer Umgebung, waren also befreite Zwangs- und Fremdarbeiter. Kurz nach der Beschlagnahmung appellierte der Gemeindebeirat an die Militärregierung, »die noch in den Lagern wohnenden Polen solange dort zu belassen, bis die Unteroffiziersgebäude in Hessental freigegeben sind.«²⁰ Inwieweit sich die Militärregierung von diesem Appell beeindruckt ließ, wissen wir nicht. Sicher scheint nur zu sein, daß nicht für alle Polen im Oktober 1945 das Lagerleben aufgehört hat, sondern daß nur ein Teil von ihnen in feste Häuser eingewiesen wurde. Was geschah aber mit den ausgewiesenen Deutschen? Ein großer Teil wurde in den Baracken der Organisation Todt in Weckrieden untergebracht.²¹ Diejenigen, die privat unterkommen konnten, dürften dies vorgezogen haben.

Ansonsten beschwerten sich die Ausgewiesenen, daß sie ihre Wintervorräte wie Obst und Kartoffeln, aber auch Brennmaterial in den Häusern zurücklassen mußten.²² Der Bürgermeister bat zwar daraufhin die Militärregierung, den so überstürzt ausgewiesenen Menschen noch einmal Gelegenheit zu geben,

²⁰ Stadtarchiv SHA, 266 Niederschrift des Gemeinderats vom 10. 10. 1945

²¹ wie Anm. 20

²² wie Anm. 20, Niederschrift vom 21. 11. 1945

ihre Häuser zu betreten, ob dies ermöglicht worden ist, wissen wir nicht.²³ Jedenfalls ist keine positive Reaktion der UNRRA überliefert.

Diese restriktive Haltung der UNRRA wird auch im Frühjahr 1946 deutlich, als die Ausgewiesenen versuchen, die Erlaubnis zu bekommen, ihre Gärten bestellen zu dürfen, weil sie immer noch hoffen, daß die Beschlagnahmung nur über den Winter dauern würde. Von Hornung bekommen sie folgende Antwort: »Der UNRRA-Direktor hält es absolut für nicht ratsam, Ihnen die Genehmigung zur Frühjahrsbestellung im Garten zu geben. Er befürchtet, daß es die Polen zu Ausschreitungen oder sonstigen Belästigungen kommen lassen, und er möchte dies vermeiden.«²⁴

Natürlich versuchten die Ausgewiesenen, ihre Interessen gemeinsam durchzusetzen. So richteten sie am 23. Februar 1946 einen Brief mit 58 Unterschriften an den Bürgermeister und baten ihn, sich für die baldige Räumung des Ziegeleiweges einzusetzen.²⁵ Die noch erhaltenen Korrespondenzen betreffen hauptsächlich Klagen über willkürliche Zerstörungen der Häuser und des Inventars durch die Polen.²⁶ Auf die Dauer war dies auch der UNRRA zuviel, so daß sie im März 1946 ein deutliches Schreiben an die Polen richtete. »Die UNRRA hat auf Grund der verschiedenen Beschwerden die polnischen Quartiernehmer darauf aufmerksam gemacht, daß Zerstörungen oder Entfernungen von Teilen aus Wohnungen und Gebäuden streng bestraft werden.«²⁷ Den Polen wurde aber nicht nur vorgeworfen, Häuser und Einrichtungen z. T. mutwillig zu zerstören, sondern auch Möbel zu verkaufen, bevor sie nach Polen repatriert würden. Am 22. Februar 1946 richteten 23 Bürger ein Gesuch an die Stadt mit der Bitte, derartige Verkäufe künftig zu verhindern.²⁸ Den Polen wird auch unterstellt, daß sie sich an Diebereien beteiligen. Der Besitzer des Leghornhofes klagt darüber, daß ihm durch die Nachbarschaft der Polen ein Schaden von 9586 RM entstanden sei. Die Diebstähle wertvoller Zuchthennen werden den Polen unterstellt, die im Ziegeleiweg, im Camp Nowa Lodz, untergebracht seien.²⁹

Über die inneren Verhältnisse in den polnischen Lagern erfahren wir fast nichts. Wir wissen nur, daß es auch eine polnische Schule gab. Sie war in der Langen Straße untergebracht, und die Stadt hatte für diese Schule neun bis zwölf Nähmaschinen zu besorgen.³⁰

23 Stadtarchiv SHA, 266 Bgm. Hornung an Militärregierung am 22. 10. 1945

24 Stadtarchiv SHA 266 Bgm. Hornung an zwei Bürger am 1. 3. 1946

25 Stadtarchiv SHA, 266 Brief der Anwohner des Ziegeleiweges mit 58 Unterschriften an den Bgm. am 23. 2. 1945

26 Stadtarchiv SHA, 266 z. B. Magdalena Reinhard am 11. 2. 1946

27 Stadtarchiv SHA, 266 Bgm. Hornung an Battenschlag am 18. 3. 1946

28 Stadtarchiv SHA, 266 Bgm. Hornung an UNRRA am 22. 2. 1946

29 Stadtarchiv SHA, 266 Haller Leghornhof Bühler an Landrat 13. 4. 1946

30 Stadtarchiv SHA, 266 Bgm. Hornung an UNRRA am 25. 11. 1946

IV. Der Zuzug polnischer Juden nach Hall 1946

Ziemlich genau ein Jahr sind die Polen in Hall geblieben. Ende Oktober 1946 dürften sie in andere Lager verlegt worden sein. Wie wir von anderen Lagern wissen, hatten die Polen nur wenig Interesse, in ihre Heimat zurückzukehren. Die wirtschaftlichen Aussichten waren dort nicht besonders gut, außerdem hatten sich dort die Kommunisten durchgesetzt, was auf viele ehemalige Zwangsarbeiter eine abschreckende Wirkung hatte.

Für die Haller Ausgewiesenen änderte sich dadurch aber nichts, denn in die beschlagnahmten Häuser wurden sofort polnische Juden eingewiesen. Die Ausgewiesenen haben zwar mehr Verständnis für die Juden als für die Polen, appellieren aber an die Militärregierung und den Bürgermeister, andere Häuser zu beschlagnahmen, damit die Last der Einquartierung etwas gerechter verteilt werden würde.³¹

Der Gemeinderat brachte allerdings kein Verständnis für die Wünsche der Ausgewiesenen auf. 55 000 RM habe man bisher für sie aufgewendet, man habe Möbel, Betten und Wäsche verteilt. Wenn man nun andere Häuser beschlagnahmen würde, würde die Zahl der Geschädigten immer größer werden.³² Auch habe die UNRRA kein Interesse daran, gezielt die Häuser ehemaliger Nationalsozialisten zu beschlagnahmen, was die Ausgewiesenen vorschlugen, sondern sie möchte eine geschlossene Unterbringung der DPs in einem Lager.³³

Der Einzug der Juden in die von den Polen geräumten Siedlungen mußte im Oktober 1946 nahtlos vor sich gegangen sein. Jedenfalls behaupteten die Juden, daß sie die Häuser ganz leer angetroffen hätten, da die Polen bei ihrem Wegzug alles mitgenommen hätten. Da die Deutschen ihre Häuser nicht betreten durften, konnte man den Vorwurf nicht nachprüfen.³⁴ Von der Interessengemeinschaft der »Geschädigten der Siedlungen Kocherfeld, Kriegsopfersiedlung und Ziegeleiweg« wurde der UNRRA immer wieder vorgeworfen, daß die Möbel zum größten Teil fort seien und die Häuser sich in einem trostlosen Zustand befänden. »Dieser Zustand verschlimmerte sich von Jahr zu Jahr, so daß die Häuser innerlich und äußerlich ganz verkommen sind.«³⁵

Nun, woher kamen die Juden? Die meisten stammten aus dem östlichen Teil Polens, der zu Beginn des Zweiten Weltkrieges, am 17. September 1939, von den Sowjets besetzt worden war. Damals waren die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion recht gut, so daß eine deutsche Umsiedlungskommission in dem sowjetisch besetzten Ostpolen die Namen

31 Stadtarchiv SHA, 266 Staudacher an Militärregierung am 18. 10. 1946

32 Stadtarchiv SHA, 266 Gemeinderatsprotokoll vom 23. 10. 1946

33 Stadtarchiv SHA, 266 Gemeinderatsnotiz ohne Datum

34 Stadtarchiv SHA, 266 Komitee der Geschädigten an General Clay, 22. 4. 1946

35 Stadtarchiv SHA, 266 Komitee der Geschädigten an Ministerpräsident R. Maier am 12. 4. 1949

von Volksdeutschen sammeln konnte, die zur Umsiedlung in das deutsch besetzte westliche Polen in Frage kamen. »Dabei ist interessant, daß die deutschen Bevollmächtigten in Ostpolen auch die Namen von Juden aufzeichneten, die in die unter deutscher Herrschaft stehenden Gebiete gehen wollten.³⁶ Als den Sowjets diese Namensverzeichnisse übermittelt wurden, verhafteten diese die Juden und verbannten sie nach Osten.³⁷ Da sie sozusagen für Deutschland optiert hatten, galten sie als illoyale Staatsbürger. Wie sich später herausstellen sollte, wurden dadurch viele von ihnen vor dem sicheren Tod gerettet.³⁸

Wenn nun einerseits Juden aus dem sowjetisch besetzten Teil Polens unter die deutsche Herrschaft kommen wollten, gab es andererseits auch eine gegenläufige Bewegung mit dem Ziel, vor der Wehrmacht in den sowjetischen Einflußbereich zu entkommen. Diese Flüchtlinge wurden aber enttäuscht, denn sie wurden in der Regel nach Sibirien deportiert. Genaue Zahlen sind zu diesen Vorgängen kaum zu bekommen, aber immerhin hat das Joint Distribution Committee – eine große internationale Flüchtlings- und Hilfsorganisation – Anfang 1942 600 000 polnische Juden im asiatischen Rußland betreut.³⁹ Der wohl prominenteste Flüchtling oder Deportierte dieser Art war der spätere israelische Ministerpräsident Menachem Begin. Als die Deutschen Warschau eroberten, floh er nach Wilna, wurde aber dort von den Sowjets gefangen genommen und zu acht Jahren Zwangsarbeit in Sibirien verurteilt. Weil er polnischer Bürger war, wurde er Ende 1941 – nach dem deutschen Angriff auf die UdSSR – freigelassen und kam mit einer polnischen Einheit 1942 nach Palästina.⁴⁰ Im Rahmen unseres Themas können wir der sicher interessanten Frage, wieviele Juden sich in Polen dem deutschen Zugriff entzogen haben bzw. von den Sowjets nach Sibirien deportiert worden sind, nicht weiter nachgehen. Wichtig ist für uns nur, daß nach dem Krieg von den etwa 600 000 in die UdSSR deportierten Juden 150 000 die Rückkehr nach Polen gestattet wurde. Man muß befürchten, daß ein großer Teil der restlichen 450 000 in den Lagern Sibiriens umgekommen ist.

Zumindest die Zahl von 150 000 bis 160 000 Juden, denen die UdSSR 1946 die Rückkehr nach Polen erlaubte, ist gesichert. Die meisten dieser Repatrianten konnten oder wollten aber nicht in Polen bleiben, weil sie dort »ein böses

36 *Meir Buchsweiler*: Volksdeutsche in der Ukraine am Vorabend u. Beginn des Zweiten Weltkrieges. Schriftenreihe des Instituts für deutsche Geschichte der Universität Tel Aviv, Gerlingen 1984, S. 270

37 Eine sehr anschauliche Schilderung einer Deportation einer jüdischen Familie aus Litauen nach Sibirien findet sich in: *Rachel und Israel Rachlin*: 16 Jahre Sibirien, 1986 oder *Esther Hautzig*: Die endlose Steppe, 1986

38 *Buchsweiler*, S. 270, Anm. 471

39 Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg, Stuttgart, 1938. Bd. IV, S. 84, Anm. 245

40 *Menachim Begin*: White Nights, 1977

antisemitisches Klima vorfanden«.⁴¹ Die Polen erblickten in den Zurückkehrenden lästige Eindringlinge, so daß es zu offenen Pogromen kam. Das bekannteste war das Pogrom von Kielce am 4. Juli 1946, bei dem 42 Juden umgebracht worden sind. Kielce liegt südwestlich von Warschau, war also immer von Deutschen besetzt. Die *Encyclopaedia Judaica* läßt es offen, um welche Art von Rückkehrer es sich handelt. Es konnten Überlebende der nationalsozialistischen KZs sein oder solche, die während der deutschen Besatzungszeit untergetaucht waren oder wieder andere, die aus dem Inneren der Sowjetunion zurückgekommen waren. Jedenfalls war das blutige Ereignis von Kielce der Anlaß, daß sich die bereits latent vorhandene jüdische Fluchtbewegung aus Polen dramatisch zuspitzte und immer mehr polnische Juden versuchten, die DP-Camps in den Westzonen zu erreichen, um von dort aus ihre Auswanderung nach Palästina zu betreiben.⁴²

Ihr Weg führte meist über Westberlin, wo sie in dem Lager am Teltower Damm untergebracht wurden, um dann in die amerikanische Zone abgeschoben zu werden. Natürlich konnten die Juden diese Reise nicht allein unternehmen, sondern eine jüdische Organisation »Brichah« (Flucht) ermutigte die Juden, Polen zu verlassen und finanzierte z. T. die Eisenbahntransporte.⁴³ Es war ein offenes Geheimnis, daß diese Steuerung das Ziel verfolgte, in der US-Zone ein jüdisches Massenproblem zu schaffen, das mit flankierender Unterstützung jüdischer »pressure groups« in den USA imstande sein werde, die britische Mandatspolitik über Palästina zum Einlenken zu zwingen«⁴⁴.

Schon an den Namen, die die polnischen Juden ihren Lagern in Deutschland gaben, ist der Einfluß der Zionisten unschwer zu erkennen. So wurden die in Schwäbisch Hall für Juden beschlagnahmten Siedlungen offiziell als DP-camp »Hagalil« (624), »Negew« (623) und »Jehuda« (619) bezeichnet.⁴⁵ Zweifellos wollte man mit diesen Bezeichnungen an die Geschichte und das Territorium Israels anknüpfen. Allein zwischen Juli und Oktober 1946 erreichten 90 000 Juden aus Polen die amerikanische Zone, 70 000 in Deutschland, 20 000 in Österreich. Während es Anfang 1946 80 000 jüdische DPs gab (55 000 bis 60 000 in Deutschland, 6000 in Österreich, 12 000 in Italien) gab es schätzungsweise ein Jahr später 247 000 (184 000 in Deutschland, 44 000 in Österreich, 19 000 in Italien). Alle strömten in die US-Zone, weil auf Veranlassung von General Eisenhower diese Zone bereit war, für vertriebene Ostjuden ein »temporary haven«, (ein zeitweiliger Hafen) zu sein.⁴⁶ Die britische Regierung, die als Inhaberin des Mandats über Palästina auf die Interessen der Araber Rück-

41 *Hermann Dicker*: Aus Württembergs jüdischer Vergangenheit u. Gegenwart, Gerlingen 1984, S. 101

42 *Encyclopaedia Judaica* 1971, Stichwort Kielce

43 *Jacobmeyer*: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1977, S. 126

44 *Jacobmeyer*, Geschichte und Gesellschaft 1983/3, S. 435

45 Stadtarchiv SHA, 266 Mitteilung der UNRRA an Militärregierung am 26. 2. 1947

46 *Encyclopaedia Judaica* 1971 Stichwort DP

sicht nehmen mußte, ließ nur eine ganz begrenzte Einwanderung von Juden zu. Deshalb wich auch ihre Politik in ihrer Besatzungszone erheblich von der der Amerikaner ab. So lehnten die Briten die Einrichtung spezieller jüdischer Lager in ihrer Zone ab, da mit diesen Lagern den Juden automatisch die Nicht-Repatriierbarkeit unterstellt und damit der Druck auf Palästina vergrößert wurde.⁴⁷

Generell lehnten es die Behörden der britischen Zone ab, solchen Personen einen DP-Status zuzuerkennen, die nach dem 30. Juni 1946 in ihre Zone einreisten. Es ist ganz offensichtlich, daß damit der große Zustrom polnischer Juden in die amerikanische Zone gelenkt werden sollte. Die UNRRA protestierte zwar lange gegen diese Entscheidung, mußte sich aber doch den Militärbehörden fügen. Später, am 21. April 1947 – damals wollten viele rumänische Juden nach Deutschland⁴⁸ –, setzte auch die US-Zone dem unbeschränkten Nachzug von jüdischen DPs ein Ende.⁴⁹

Erst mit der Gründung des Staates Israel, am 15. Mai 1948, entspannte sich die Lage in den jüdischen DP-Camps. Bis Ende 1949 waren 75 000 jüdische DPs aus Deutschland und viele Tausend von Österreich und Italien nach Israel gegangen.⁵⁰

Diese weltpolitischen Zusammenhänge muß man kennen, wenn man verstehen will, warum plötzlich polnische Juden nach Deutschland gekommen sind und dort länger bleiben mußten, als ihnen selbst lieb gewesen sein konnte.

Aus den Jahren 1946/1947 sind für jeden Monat genaue Berichte der UNRRA erhalten, so daß wir uns ein gutes Bild von der DP-Population machen können.

47 *Jacobmeyer*, *Geschichte und Gesellschaft*, S. 427

48 *Encyclopaedia Judaica* 1971, Stichwort DP

49 *George Woodbridge*: *The History of the UNRRA*, 1950, Vol. II, S. 512

50 *Encyclopaedia Judaica* 1971, Stichwort DP

U. N. R. R. A.

UNITED NATIONS RELIEF
AND REHABILITATION ADMINISTRATION

~~ASSEMBLY CENTER~~
~~TYFAMPIXY~~
SCHWABISCH HALL

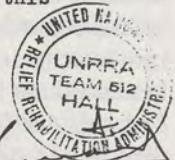
Am Spitalbach 8
Telefon 394

SCHWABISCH HALL, 26 February 1947

To : Military Government,
Schwäebisch Hall
From: Director,
Assembly Center Schw.Hall
Subj.: Re-naming Camps.

It is notified for your information that Camps of this
Assembly Centre are re-named as follows:-

<u>OLD NAME</u>	<u>NEW NAME</u>
NOWA LODZ (624)	HAGALIL (624)
LWOW (623)	NEGEW (623)
WARSZAWA (619)	JEHUDA (619)



Copy to: Bürgermeister Schw.Hall ←
and all German Authorities in town.

E.SYKONDS
Director

P.S. Please inform all German Authorities in town.

Abb. 3

Die jüdischen DPs legten Wert darauf, daß die polnischen Namen der Siedlungen durch jüdische ersetzt wurden

Im Dezember 1946 trugen die drei Haller Lager noch die polnischen Namen:

619 Warszawa (Warschau) d. h. Kriegsofpiersiedlung

623 Lwow (Lemberg) d. h. Kocherfeldsiedlung

624 Nowa Lodz (Neu Lodz) d. h. Ziegeleiweg

Zum letzten Lager gehörten noch einige einzelne Häuser in der Stadt. Insgesamt waren nun in den Lagern 1370 fast ausschließlich jüdische DPs untergebracht. Die UNRRA Statistik war sehr sorgfältig, so daß auch die Herkunftsländer der Juden erfaßt worden sind. Die überwiegende Mehrheit stammte aus Polen.⁵¹ (vgl. Abb. 4) Die Zahl der Lagerbewohner nahm ein wenig zu, so daß in der Statistik vom 8. März 1947 1574 DPs in Hall nachzuweisen sind.⁵² Mittlerweile hatten die neuen Bewohner die polnischen Namen der Siedlung durch jüdisch-zionistische ersetzt.

619 Warszawa = Jehuda

623 Lwow = Negew

624 Nowa Lodz = Hagalil⁵³ (vgl. Abb. 3)

51 United Nations Archives New York, PAG-4/3.0.11.3.1:7. DP-Population District No. 1
7. 12. 1946

52 UN Archiv, PAG-4/3.0.11.3.1:7, 8. 3. 1947

53 Vgl. Anm. 45

Area	Team	Camp	Name, Location	Nationality	Number	Camp Total	Camp Cap.	A.G. TOTAL
1004	93	616	Artillery Camp <u>A.C.GRUEND</u>	Polish	1302	1394	1400	
				Estonian(DPW)	6			
				Latvian(DPW)	5			
				Stateless(N)	1			
		617	Bismark Camp <u>A.C.GRUEND</u>	Polish	1603			
				Stateless(N)	6			
				Russian	4			
				Estonian(DPW)	3			
				Slovakian	1	1817	1900	3211
	126	603	Siedlungs Camp <u>A.C.WASSERALTING</u>	Polish-Jews	1821			
				Czech-Jews	45			
				Rumanian-Jews	32			
				Hungarian-Jews	31			
				Yugoslavian-J.	14			
				German-Jews	8			
				Russian-Jews	5			
				Lith.-Jews	3			
				French-Jews	3			
				Polish (DPW)	25			
				Estonian(DPW)	9	1996	1900	1996
	112	619	Warszawa <u>A.C.SCHW.HALL</u>	Pol.-Jews	32			
				Czech-Jews	13			
				Hungarian-Jews	10			
				Rumanian-Jews	6			
				German-Jews	1			
				Russian-Jews	1			
				Yugoslav.-Jews	1			
				French-Jews	1			
				Undetermined	1	66	156	
		623	Lwow & Pol.School <u>A.C.SCHW.HALL</u>	Pol.-Jews	429			
				Russ.-Jews	118			
				Rumanian-Jews	21			
				Austrian-Jews	19			
				Czech-Jews	13			
				Hungarian-Jews	13			
				German-Jews	1	614	697	
		624	Nowa Lodz <u>A.C.SCHW.HALL</u>	Pol.-Jews	369			
				Czech-Jews	153			
				Hungarian-Jews	98			
				Rumanian-Jews	9			
				German-Jews	8			
				Austrian-Jews	8			
				Russian-Jews	7			
				Yugoslavian-J.	1	653	895	
		624	Office Workers House <u>A.C.SCHW.HALL</u>	Polish (DPW)	10			
				Latvian (DPW)	6	16	-	
		624	Private Houses <u>A.C.SCHW.HALL</u>	Lithuanian(DPW)	4			
				Estonian(DPW)	2			
				Polish(DPW)	14			
				Polish-Jews	1	21	-	1370

Abb. 4

Die UNRRA führte eine genaue Statistik, der man Anzahl und Herkunft der Lagerbewohner entnehmen kann.

Zweifellos standen diese Namen für ein Programm, man wollte damit dokumentieren, daß der Aufenthalt in Schwäbisch Hall nur von vorübergehender Dauer sein sollte. Das eigentliche Ziel der Juden war die Auswanderung nach Palästina.

V. Die Haller Lager in den Inspektionsberichten der Amerikaner

Die amerikanische Armee hat alle DP-Lager in bestimmten Abständen inspeiziert, so daß wir uns auf Grund dieser Berichte ein zutreffendes Bild von den Zuständen in diesen Lagern machen können. Da es allein in der amerikanischen Zone Württembergs in mindestens 24 Städten und Gemeinden oft mehrere Lager gab, waren die Offiziere gehalten, die Berichte nach demselben Schema abzufassen. Freilich wurden nur konkret meßbare Vorgänge festgehalten. Nichts erfahren wir über die »Stimmung« im Lager, die psychische Verfassung der Menschen oder auch das Verhältnis zu den Deutschen, was uns heute sicherlich interessieren würde. Die nun im folgenden ausgewerteten Berichte betreffen den Zeitraum vom Dezember 1947 bis September 1948. Auffallend häufig wird über die Nachlässigkeit der Bewohner in bezug auf die Pflege der Häuser geklagt. Die Treppenhäuser und Flure seien schmutzig. Einige der Küchen bedürften einer Generalreinigung.⁵⁴ Diese Vorwürfe werden noch verschärft, und es wird allgemein festgestellt, daß die sanitären Verhältnisse sehr schlecht seien, Wohnungen und Toiletten seien schmutzig. Abfallhaufen auf Dachböden und im Keller würden eine Brandgefahr darstellen.⁵⁵

Noch schlimmer werden die Verhältnisse, nachdem das Lager Nowa Lodz im August 1948 134 Neuzugänge aus Berlin zu verkraften hatte und nun mit 713 Bewohnern als völlig überbelegt galt. Es wird kritisiert, daß einige Häuser so schmutzig seien, »daß sie schon von weitem gerochen werden können«. Als Erziehungsmaßnahme empfahl der berichtende Offizier, den Leuten die Zigarettenrationen zu kürzen.

Kritisch wird erwähnt, daß in dem Lager 403 arbeitsfähige Menschen leben, aber nur 100 einer Beschäftigung nachgehen.⁵⁶ Die meisten von ihnen dürften in der Lagerselbstverwaltung tätig gewesen sein.

Kritisiert wird auch die äußere Sicherheit des Lagers, weil die Deutschen an vielen Stellen freien Zutritt zum Lager haben. Das Lager war also nicht durch einen Zaun vom übrigen Stadtgebiet getrennt. Allerdings gibt es zehn Polizisten, die aber weder Waffen noch Uniformen, sondern nur Helme und Armbinden haben. Alle 14 Tage wurden die Bewohner von der IRO – der international refugee organization, die am 1. Juli 1947 die UNRRA abgelöst hatte – mit Lebensmitteln versorgt. Interessant ist auch, daß deutsche Frauen im

⁵⁴ Archives de France Paris AJ ⁴³ 826

⁵⁵ Archives de France Paris AJ ⁴³ 815, 20. 7. 1948

⁵⁶ Archives de France Paris AJ ⁴³ 815, 10. 9. 1948

Lager gearbeitet haben. Schließlich kann man vermuten, daß die meisten Lagerbewohner relativ jung waren, die große Zahl von 150 Kindern, die den Kindergarten besucht haben, läßt diesen Schluß zu.⁵⁷ Wenn man die Klagen über die mangelnde Sauberkeit im Lager liest, muß man sich vor Augen halten, daß dort eine gewisse Fluktuation geherrscht hat und deshalb die DPs mit den Häusern nicht gerade pfleglich umgegangen sind.

VI. Die Finanzierung der DP-Lager

Die Alliierten vertraten die Auffassung, daß die Fremdarbeiter von den Deutschen gewaltsam nach Deutschland geholt worden waren, und daß die Deutschen deshalb auch alle Folgekosten zu tragen hätten. Sie berücksichtigten dabei nicht, daß viele Ausländer erst bei Kriegsende vor der Roten Armee nach Deutschland geflohen waren wie z. B. die Balten. Ihnen wurde ebenso wie den Juden, die 1946 gekommen sind, und den Tschechen, die 1948 nach dem kommunistischen Staatsstreich in den Westen flohen, der DP-Status zuerkannt. Damit war die Versorgung durch die Alliierten sichergestellt, die sich alle Kosten von den deutschen Behörden ersetzen ließen.

In Hall versuchte Bürgermeister Hornung, sich gegen die von der UNRRA großzügig gewährten Gehälter zu wehren. Als die UNRRA der Stadt neun Neueinstellungen meldete, antwortete er, »daß wir die von Ihnen angegebenen Gehälter nicht annehmen können, da sie z. T. weit über den angegebenen Sätzen liegen«⁵⁸. Die UNRRA antwortete jedoch, daß es sich bei den Angestellten meist um Angehörige der Vereinten Nationen handle, und daß die Stadt zur Bezahlung verpflichtet sei.⁵⁹

Bei den Kosten für die DP-Lager wurde zwischen den sächlichen Aufwendungen (Lebensmittel, Krankenhaus, Arztrechnungen und Handwerkerrechnungen) und den Gehältern für die IRO-Angestellten unterschieden. Für den Abrechnungszeitraum August, September, Oktober 1948 hatte Schwäbisch Hall z. B. 271 368,08 DM aufzuwenden.⁶⁰ (vgl. Abb. 5)

Die Lohnlisten der in der Lagerselbstverwaltung beschäftigten DPs wurden von der IRO der Stadtkasse zur Begleichung vorgelegt. Nehmen wir als Beispiel die Lohnliste vom Oktober 1948 für das »DP Camp JEHUDA Schwäbisch Hall WG 208«, so wurden die drei Haller Lager zusammen offiziell bezeichnet, so werden dort Löhne für 125 Personen abgerechnet. Je nach Tätigkeit wurden sie bezahlt, mußten auch Steuern und Sozialbeiträge abführen. Die Stadt hatte 22 513,16 DM zu vergüten.

Auf der Lohnliste werden die Tätigkeiten der einzelnen genau bezeichnet, viele arbeiten als »Verwalter«, denen dann wieder Fahrer und Arbeiter zugeordnet sind. Viele Arbeitsplätze gab es im medizinischen Bereich: drei Ärzte,

57 Archives de France Paris AJ 43 815, 10. 9. 1948

58 Stadtarchiv SHA, 266 Bgm. Hornung an UNRRA 1. 11. 1945

59 Stadtarchiv SHA, 266 Niederschrift Gemeinderat vom 14. 11. 1945

60 Stadtarchiv SHA, 266 Zusammenstellung der Besatzungskosten

Besatzungs- u. Ausländerkosten
in den Monaten August September Oktober 1948

Das Besatzungskostenamt der Stadtverwaltung Schw.-Hall hat an Besatzungs- u. Ausländerkosten in den 3 vergangenen Monaten folgende Beträge ausbezahlt:

Besatzungskosten: August

Für sächliche Requisitionen (Bauleistungen ...)	21 063,66	
Für Gehälter der deutschen Angestellten	118 096,66	
Für Quartiervergütungen für US Häuser	22 904,22	DM

September:

Sächliche Requisitionen	15 075,50	
Persönliche Ausgaben	108 841,48	
Quartierleistungen	18 127,80	DM

Oktober:

Sächliche Ausgaben	44 832,58	
Gehälter u. Löhne	200 248,90	
Hausmieten	27 485,57	DM

Obwohl das Land Wttbg.-Baden nicht Arbeitgeber ist für die deutschen Besatzungsangestellten, hat es trotzdem die Arbeitgeberanteile zu bezahlen. Diese betragen in den 3 genannten Monaten

29 226,49	DM
-----------	----

Gesamtsumme der Besatzungskosten	605 902,86	DM
----------------------------------	------------	----

Ausländerkosten: August

Sächliche Kosten (Lebensmittel, Arztrechnungen, Krankenhauskosten, Handwerker)	86 572,30	
Gehälter der IRO Angestellten	44 912,52	

September:

Sächliche Ausgaben	28 061,30	
Gehälter u. Löhne	35 357,11	

Oktober:

Sächliche Kosten	25 993,70	
Gehälter u. Löhne	50 531,15	

Gesamtsumme der Ausländerkosten	271 368,08	
---------------------------------	------------	--

Summe der Ausländer- u. Besatzungskosten
in den Monaten August September Oktober 1948

877 270,94 DM

In dieser Zahl ist die Möbelmiete für beschlagnahmte Einrichtungsgegenstände noch nicht enthalten, da dieselbe laut Anweisung des Finanzministeriums noch nicht bezahlt werden kann.

Sämtliche ausbezahlten Beträge wurden vom Land Wttbg.-Baden über die Kreispflege beim Landratsamt ersetzt.

An den Herrn Bürgermeister z. fl. Kenntnisnahme u. ev. Mitteilung an den Gemeinderat.
Gleichzeitig wird um Veröffentlichungsgenehmigung durch VZB-HH gebeten.

Schw.-Hall, den 6.11.48

Ulrich Müller
St. v. H.

vier Krankenschwestern, drei »Sanitätsarbeiter«. Allein im Warenhaus waren 14 Leute beschäftigt. Immer waren die Lager mit Polizisten und Lehrern gut ausgestattet. Hier waren 22 Polizisten, neun Lehrer, drei Rabbiner und fünf Kindergärtnerinnen angestellt.⁶¹

Man darf annehmen, daß die interne Lagerverwaltung mit Personal großzügig ausgestattet war, zumal die deutschen Behörden keine Möglichkeit hatten, die Notwendigkeit der ausgewiesenen Stellen zu überprüfen. Sie mußten die von der IRO gebilligten Löhne überweisen. Als normal galt, wenn acht Prozent der Lagerbewohner in der Verwaltung beschäftigt waren, es konnten aber auch mal zehn Prozent sein. Auch Weiterbildungs- bzw. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurden in den Lagern durchgeführt, deren Kosten ebenfalls von den deutschen Behörden zu tragen waren. Im Februar 1948 wurden z. B. 15 Strickerinnen bezahlt, im Juli 1948 waren 46 Leute in der Schneiderei beschäftigt, in der Stunde bekamen sie zwischen 0,90 und 1,25 DM.⁶²

Die UNRRA bzw. IRO wollte also die DPs nicht nur versorgen, sondern legte größten Wert auf die Weiterbildung. Dadurch sollten die DPs bei ihrer Neuansiedlung bessere Chancen haben. Auffallend ist es, daß es in Hall zu keinen nachweisbaren Beschäftigungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt gekommen ist. Möglicherweise gab es damals keine freien Stellen, auch haben gerade die jüdischen DPs auf Grund ihrer Erfahrungen vielleicht eine Tätigkeit bei einem deutschen Arbeitgeber abgelehnt.

Schließlich muß man sich immer wieder daran erinnern, daß fast alle DPs ihre Auswanderung betrieben und auch deshalb für eine geregelte Dauerbeschäftigung kaum in Frage gekommen sind. Außerdem hatten sie kaum Nachteile, wenn sie keiner Arbeit nachgingen, wurden sie doch auf jeden Fall von der IRO versorgt. Denen, die arbeiteten, wurde ein bestimmter Anteil vom Lohn für die Verpflegung einbehalten.

VII. Die Bemühungen um die Freigabe der beschlagnahmten Siedlungen

Verständlicherweise waren sich die betroffenen Bürger und die Verwaltung einig, die Beschlagnahmung baldmöglichst aufzuheben. Immer wieder entstanden Gerüchte, denen zufolge die Lager freigegeben werden sollten. Bürgermeister Hornung berief sich auf ein solches Gerücht und schrieb am 5. Juni 1947 an das Innenministerium, daß er es ablehnen werde, weitere Zuweisungen von Juden nach Hall anzunehmen. Auch andere Städte sollten mal diese Last auf sich nehmen, »denn schließlich hat nicht allein die Stadt Hall den Krieg verspielt, sondern das gesamte deutsche Volk«⁶³.

Derartige Briefe waren genauso erfolglos wie die zahlreichen Eingaben der zu Interessengemeinschaften zusammengeschlossenen geschädigten Bürger. Wie-

61 Stadtarchiv SHA, Lohnliste der IRO, Oktober 1948

62 Stadtarchiv SHA, Stadtkasse 1. 2.—9. 2. 1948 u. 1. 7.—31. 7. 1948

63 Stadtarchiv SHA, 266 Hornung an Innenminister am 5. 6. 1947

derholt argumentieren sie damit, daß die Mehrheit der Ausgewiesenen zu den sozial Schwachen gehöre, die sich z. B. im Ziegeleiweg 1927 die Häuser am eigenen Mund abgespart habe. Sie seien immer noch mit Hypotheken belastet, und eine weitere Dauer der Beschlagnahmung könne dazu führen, daß die Häuser von den Eigentümern gar nicht mehr gehalten werden können. So wird im April 1949 argumentiert, als sich die Gerüchte verdichten, daß die Juden im Mai 1949 Hall verlassen sollen.⁶⁴ (vgl. Abb. 6)

Der Protest der Enteigneten richtete sich aber nicht nur gegen die Beschlagnahmung, sondern auch gegen die viel zu geringe Entschädigung, die sie von den deutschen Behörden bekommen. Besonders nach der Währungsreform war die Höhe der Entschädigung sehr wichtig. Die Geschädigten der drei Siedlungen protestierten am 14. März 1949 dagegen, daß die Quartiervergütung auf acht Prozent des Einheitswertes herabgesetzt wurde. Auch die Möbelmiete war ihnen zu niedrig.⁶⁵

Vor dem Stuttgarter Landtag klagte MdL Hornung, daß viele Familien, die den durchschnittlichen Entschädigungssatz von 46 DM erhielten, damit nicht einmal die Miete für ihre neue Wohnung bezahlen könnten.⁶⁶

Nun waren die Gerüchte, die im April 1949 auftauchten tatsächlich nicht aus der Luft gegriffen, und die jüdischen DPs haben im Mai Hall verlassen. Warum sie in ein anderes Lager gebracht worden sind, läßt sich aus den vorhandenen Akten nicht klären. Möglicherweise wollten die Amerikaner mit dieser Maßnahme, die für die Juden ganz überraschend kam, die Lagerbewohner dazu anregen, ihre Auswanderungsabsichten nach Israel zu beschleunigen.

Die Juden sträubten sich allerdings vehement gegen die Auflösung des »Camp JEHUDA WG 208« und legten in einer Denkschrift, die von 95 Prozent der Bewohner unterschrieben wurde, ihre Gründe dar. Da erst vor kurzem 600 Juden von Berlin und Pocking nach Hall eingewiesen worden seien, hätten sie niemals mit einer Auflösung gerechnet. 220 DPs seien in Hall und im Lager beschäftigt, die nun ihren Arbeitsplatz verlieren würden. Auch in bezug auf die Zahlen ist das jüdische Lagerkomitee anderer Auffassung als die IRO. Während die IRO davon ausgeht, daß 600 Personen unmittelbar vor der Auswanderung stehen, kennt das Komitee nur 50 bis 60 Personen.

Viele hätten überhaupt keine Chance, demnächst auswandern zu können, manche seien auch krank und auf ärztliche Hilfe in Hall angewiesen. Andere wiederum berufen sich auf eine Anordnung von General Clay, derzufolge alle diejenigen, die nach Palästina auswandern, eine Starthilfe in Form von Ausrüstungsgegenständen (z. B. Kühlschränke) erhalten sollen. Da aber diese Geräte noch nicht geliefert seien, würden alle, die jetzt auswandern, dieser

64 Archives de France Paris AJ 43 826, 9. 4. 1949

65 Stadtarchiv SHA, 291

66 Haller Nachrichten vom 28. 1. 1949

Die Beauftragten des Schwäb.Hall, den 9.April 1949
Ziegeleiweg Schwäb.Hall

An das

Hauptquartier der IRO

Bad K i s s i n g e n

B i t t - G e s u c h !

Am 11.10.1945 wurden die Anlieger des Ziegeleiweg zugunsten der zwangsverschleppten Polen ausquartiert. Inzwischen sind nun 3 1/2 Jahre verstrichen.

Zur Zeit geht das Gerücht um, dass die in unseren Häusern wohnenden Juden noch in diesem Monat wegkommen sollen. Aus diesem Anlass treten wir mit der Bitte an die Militärregierung und die IRO heran, im Falle eines Abgangs der Juden die Häuser des Ziegeleiweg wieder an die Eigentümer zurückzugeben.

Da fast alle Häuser noch mit Hypotheken belastet sind und die Besitzer nicht mehr in der Lage sind, diese Lasten weiterhin zu tragen bitten wir Sie, von einer weiteren Beschlagnahme abzusehen.

Würde eine Beschlagnahme weiterhin durchgeführt werden, so besteht die Gefahr, dass fast alle Anlieger des Ziegeleiweg infolge Zahlungsschwierigkeiten ihres Heimes vollständig verlustig gingen. Wir dürfen doch bestimmt annehmen, dass dies nicht im Interesse der Militärregierung bzw. der IRO ist und wünschen deshalb, unserer Bitte zu entsprechen.

Im Jahre 1927 haben arme Arbeiterfamilien, Kriegerwitwen und alte, betagte Leute ihre mühsam erarbeiteten Groschen pfennigweise am eigenen Hunde abgespart und mit Hilfe und Unterstützung der Gem. Baugenossenschaft ein Eigenheim sehr teuer erworben.

Unter diesen Umständen glauben wir, annehmen zu dürfen, dass die Herren der Militärregierung und der IRO volles Verständnis und Entgegenkommen zeigen werden und hoffen, dass unserem Bittgesuch entsprochen wird.

Einer baldigen Rückantwort sehen wir ergebenst entgegen.

Die Beauftragten
des Ziegeleiweg Schwäb.Hall

Handwritten: Handlacher Friedr.

Handwritten: Schw.Hall, Güterweg 13

Handwritten: Georg Richter, Friedr. Kern, Schw.
Gelbgasse 78 Hall.
Schw. Hall, Gellungweg 22

Abb. 6

Die ausgewiesenen Haller Bürger haben zahlreiche Gesuche an amerikanische und deutsche Behörden gerichtet

ökonomischen Vorteile verlustig gehen. Außerdem wolle etwa die Hälfte der Lagerbewohner gar nicht nach Israel, sondern in andere Länder auswandern, und es sei völlig offen, ob sie dazu eine echte Möglichkeit bekämen. Unter diesen Umständen müßten etwa 95 Prozent der Lagerbewohner, falls Hall tatsächlich geschlossen werden sollte, in ein anderes deutsches Lager umziehen, was mit großen Nachteilen verbunden wäre.⁶⁷ (vgl. Abb. 7)

Bereits vorher, am 22. März 1949, hatte ein Lagerarzt den Bewohnern bescheinigt, unter Keuchhusten, Grippe und TB zu leiden, weshalb eine Umsiedlung unter medizinischen Gesichtspunkten nicht zu verantworten sei. Dieses jiddisch geschriebene Attest ist eine Rarität besonderer Art, haben wir doch sonst überhaupt keine Zeugnisse, in denen die Lagerbewohner selbst zu Wort kommen.⁶⁸ (vgl. Abb. 8)

Auch noch am 29. April 1949 machte das »Jidiszer Komität« einen letzten Versuch, die Auflösung des Haller Lagers zu verhindern. In diesem Appell wird deutlich, warum die Juden Hall so ungern verlassen wollten. Das Haller Lager galt als das beste in der amerikanischen Zone, auch wurden Hospital und Sanatorium besonders gelobt.⁶⁹ (vgl. Abb. 9)

- 1 -

Liste

fon ajnwohner fon lager Jehuda WG 208 Schw.Hall welche protestiren gegen di unerwartete likwidacje fon lager,forajsgezejene ojf monat Maj 1949.

Mit bejtn di hauptkwartir fun I.R.O. un dem Central-Komitet fon di baifrajte Jidn in der U.S.Zone cu farlengern dem termin ojf minimum 6 monate.

Di unerwartete likwidacje fon lager wet zich katastrofal oprufn ojf di meglichajtn fon normaler emigracje kujn Izrael un in undere lender wi oich ojf die lebensbedingungen biz der ojswanderung.

List

of camp inhabitants of camp Jehuda WG 208 Schwäbisch Hall who are entering protest against the unexpected liquidation of the camp provided in month of May, 1949.

We request the I.R.O. Hq. and Central Committee of the liberated Jews in the U.S.Zone to extend the term for 6 months at least.

The unexpected liquidation of the camp will have most serious consequences on the possibilities of normal emigration to Israel and other countries as well as on the living conditions until the emigration.

Abb. 7

Die jüdischen Lagerbewohner wollen Hall nicht verlassen

67 Archives de France Paris AJ ⁴³ 826, ohne Datum, vermutlich Anfang April 1949

68 Archives de France Paris AJ ⁴³ 826, vom 22. 3. 1949

69 Archives de France Paris AJ ⁴³ 826, vom 29. 4. 1949

FC IRO
ASSEMBLY CENTER
SCHWABISCH HALL

Schwäbisch Hall, 22, 3, 1949

MEDICAL DEPARTMENT

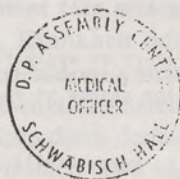
ÄRZTLICHE - BESCHEINIGUNG .
=====

Dernit wert besztejtigt, az in Lager YEHUDA, Schwäebisch Hall hot zich zajt etliche wochen farszprajt, a szweyre Epidemie fun kajch husten, dabaj wert untersztrochen az der Lager in Schwäebisch Hall beszteit fun a special grojsn procent kinder.

Ojch sztajgt lectns do col gripe kranke, mir halten az ajn umsiedlung in di badingungen wet brengen szweyre folgen.

Es gefint zich baj undz in Lager a grojse col T.B. Kranke welche zenen in stadium fun hajlung, zaj mejgen wojnen in Lager, ober ajn umsiedlung in jectign moment ken zich szejdlech oprifn ojf zejer gesund.

Gulib di ale ojbndermante fektn halten mir ajn umsiedlung fun undzer Lager als durchojs szejdlech in gefeulich.



Dr. O. Noe

Dr. O. NOE

Camp Medical Officer

Abb. 8

Eine besondere Rarität ist ein jiddisch geschriebenes Attest, um die Auflösung des Haller Lagers noch hinauszuschieben

JEWISH COMMITTEE
SCHWÄBISCH H A L L

WG 208 ✓ 2313
29 April 1949
file
20/1/1940
10/2

TO : Mr. R A J A N
Director of the IRO HDQ.U.S.Zone
Bad Kissinger.
FROM : Jewish Committee , Schwäbisch Hall
SUBJECT : Liquidation of the Camp WG 208 JEHUDA
Schwäbisch H a l l.

How you know it is requested that our Camp has to get liquidated on May 2nd, 1949. But in the last days we got an information that the liquidation of this Camp is suspended to May 12th 1949.

Our Camp has 1 000 individuals. 200 of them are supposed to be resettled to ISRAEL by Sochnut in the next time. There are a lot of persons who also want to emigrate but are kept back in healthiness reasons. The transfer to another Camp where the conditions of the apartments are not as well as they are at Schwäbisch Hall, corrupts the healthiness of this persons. The condition of the apartments at Schwäbisch Hall are the bests in the American Zone and besides there is in Schwäbisch Hall a v ry good Hospital and a sanatorium where many of this persons are in treatment and they are supposed to get back their healthy. In this hospital are Jewish patients in treatment for Bon-TBC, Ishias, and other illnesses.

It is to remarked that after the Liquidation of the Jewish DPs the houses will not be given back to the german owners, because there are supposed to come other DPs (none Jewish) to Schwäbisch Hall.

When we applied to the IRO Authorities asking not to liquidate this Camp they replied that we shall turn over this matter in question to our Jewish Authorities.

Conce ning all the above mentioned motives you can see that the inmates having no possibility to emigrate in the folloing time will be damaged by a liquidation of this Camp.

Therefore we apply to the Jewish Authorities to suspense the liquidation of this Camp until 500 inhabitants will have the chance to emigrate.

c.c./ Respectfully

Jew.C.K.München
Sochnut, München
A.J.D.C.
Mr.GRÜNSTEIN



JEWISH COMMITTEE
Schwäbisch Hall

E. HOROWICZ

N. HAUBEN

N. GIESER

Z. FARKAS

R. RUBIN

G. Horowicz
Haubenz.
Farkas Z.
Rubin

Abb. 9

Um die Auflösung des »Camp WG 208 JEHUDA« zu verhindern, werden die Vorzüge des Haller Lagers besonders betont

Freilich waren all diese Bemühungen umsonst, und die Juden mußten im Mai 1949 Hall verlassen. Wir wissen nicht, in welches Lager sie verlegt worden sind. Man kann daran erkennen, daß trotz der im Lager praktizierten Selbstverwaltung, die DPs im Konfliktfalle keinerlei Mitspracherecht hatten, sondern den Planungen der Amerikaner ausgeliefert waren.

Sogar Bürgermeister Hornung hatte sich für das Verbleiben der Juden in Hall eingesetzt, freilich nicht den Juden zuliebe, sondern weil er vermeiden wollte, daß in die Häuser noch einmal Polen einquartiert werden würden.⁷⁰

VIII. Erneute Belegung der Haller Lager mit Polen und Freigabe der Siedlungen

Nachdem die Juden Anfang Mai 1949 Hall verlassen haben, versuchte der Bürgermeister wenigstens die Häuser besichtigen zu dürfen. Die örtliche Militärregierung stimmte zu, das IRO-Hauptquartier in Nellingen aber lehnte ab, weil die Häuser in nächster Zeit ohnehin nicht freigegeben werden würden.⁷¹

Von der IRO wurden die Häuser besichtigt und dabei festgestellt, daß der Schaden geringer war als ursprünglich angenommen. Einige Fenster und Türen müssen repariert werden. Da aber nur wenig von der früheren Einrichtung vorhanden sei, soll der Einzug von 700 Polen aus Wildflecken (Rhön) um eine Woche verschoben werden, damit das Lager wohnlich gemacht werden könne.⁷²

Am 8. Juni 1949 kamen dann 1200 polnische DPs in Hall an.⁷³ Die offizielle Kapazität des Lagers wurde nun auf 1481 Personen herabgesetzt, während sie vorher 1541 betrug.⁷⁴ Die Polen haben sofort dafür gesorgt, daß der jüdische Name »JEHUDA« gestrichen wurde, und das Lager hieß nun seit dem 24. Juni 1949 offiziell »WG 208 Schwäbisch Hall«. Lange blieben aber die Polen nicht in Hall. Am 15. Februar 1950 wurden die Haller Lager geschlossen, nachdem die 850 Polen, die dort noch gewohnt haben, in die Lager Böblingen und Heilbronn (Schwabenhof) gebracht worden waren.⁷⁵

Vermutlich haben diese Polen zum »harten Kern« der DP-Population gehört, der auf Grund von Alter, Krankheit oder Familiengröße kaum eine Chance hatte, nach Übersee emigrieren zu können. Mit dem 30. Juni 1950 sollte die IRO ihre Tätigkeit in Deutschland einstellen, die bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht emigrierten DPs sollten dann deutscher Verwaltung unterstellt werden. Die Haller Bürger, die nun nach etwa viereinhalb Jahren wieder ihre Häuser beziehen konnten, konnten dies in dem Bewußtsein tun, daß die Enteignung durch die Amerikaner bzw. die UNRRA völkerrechtlich nicht in Ordnung war. Bereits in der Antwort, die ihr Abgeordneter Hornung auf seine Anfrage

70 Archives de France Paris AJ 43 826, vom 22. 3. 1949

71 Stadtarchiv SHA, 266 Bgm. Hornung an IRO am 21. 4. 1949

72 Archives de France Paris AJ 43 826

73 Stadtarchiv SHA, 266 Schreiben der EVS-Schwaben vom 31. 5. 1949

74 Archives de France Paris AJ 43 826, Schreiben der IRO, 24. 6. 1949

75 Archives de France Paris AJ 43 826, Schreiben der IRO, 24. 1. 1950

im Landtag am 27. März 1947 vom Innenminister Ulrich erhielt, wird dies deutlich. Ulrich berief sich in seiner Antwort auf die Haager Landkriegsordnung von 1907, derzufolge Beschlagnahmungen für den Eigenbedarf der Besatzungsmacht in Ordnung seien, nicht jedoch ohne weiteres für den von ihnen betreuten Personenkreis der DPs.⁷⁶

Viel deutlicher verurteilte der deutsche Städtetag in Bad Godesberg am 21. August 1947 die Beschlagnahmung von Privateigentum zugunsten der DPs als eklatanten Verstoß gegen das geltende Völkerrecht⁷⁷. Der deutsche Hinweis auf die Haager Landkriegsordnung konnte jedoch nichts fruchten, da sich in der Besatzungspraxis die Ansicht durchsetzte, daß aufgrund der bedingungslosen Kapitulation des Reiches, das deutsche Volk den Alliierten auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sei und es nichts gebe, was den Maßnahmen der Besatzungsbehörden im Wege stehen könne.

76 Verhandlungen des württ.-badischen Landtages S. 271

77 Stadtarchiv Fellbach, 000.0062, Bgm. Schnaitmann am 12. 7. 1947